

Anklagen nach Neonazi-Vorfall in Ebensee

■ Vier Jugendliche unter Verdacht der NS-Betätigung.

Wels. Die Staatsanwaltschaft Wels erhebt Anklage gegen vier Jugendliche, die an einem Neonazi-Zwischenfall vor einem Jahr in der KZ-Gedenkstätte in Ebensee beteiligt waren. Die Anklageschrift enthält den Vorwurf des Verbrechens nach Verbotsgesetz – der Betätigung im nationalsozialistischen Sinn.

Drei der vier Jugendlichen waren zum Tatzeitpunkt am 9. Mai vergangenen Jahres 16, einer 14 Jahre alt. Sie sollen „Heil Hitler“, „Sieg Heil, ihr Schweine“ und „Blood and Honour“ gerufen haben. Einer habe die Hand zum „Hitlergruß“ erhoben. Auch sollen drei der vier Jugendlichen Besucher der Gedenkfeier aus einer Softgun-Waffe beschossen haben. Eingestellt wurde das Verfahren gegen einen fünften Beschuldigten, weil ihm keine strafbare Handlung nachgewiesen werden könne.

Die Anklage ist noch nicht rechtskräftig. Erst wenn dies der Fall ist, wird ein Termin für die Hauptverhandlung festgelegt. Bei einer Verurteilung wegen Betätigung im nationalsozialistischen Sinn droht eine Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren, bei besonderer Gefährlichkeit bis zu 20 Jahren. Bei Jugendlichen wird das Höchstmaß aller angedrohten Strafen auf die Hälfte herabgesetzt. ■

Im Rahmen des Jugendparlaments simulieren Schüler den Arbeitsalltag der Abgeordneten

Die Jugend übt sich in Politik

Von Wolfgang Zaunbauer

■ Drei Schulklassen aus Kärnten liefern sich hitzige Debatten.
■ Unterstützung von echten Abgeordneten.

Wien. Die einen fordern vehement die Einführung regelmäßiger Drogentests an Österreichs Schulen. Den anderen genügt die geltende Gesetzeslage mit Kontrollen auf Verdacht. Um das Für und Wider einer verschärften Drogenkontrolle gab es am Freitag im Parlament eine hitzige Debatte. Allerdings waren es nicht Abgeordnete, die diskutierten, sondern Schüler.

Im Rahmen des Projekts Jugendparlament, das seit zwei Jahren angeboten wird, können sich Jugendliche einen Tag lang in Politik üben. Am Freitag waren es drei Schulklassen aus Kärnten, die das Hohe Haus in Beschlag nahmen. Das Jugendparlament findet jeweils im Mai und September statt. Zu Gast sind stets Klassen der neunten Schulstufe aus dem Land, das im Bundesrat gerade den Vorsitz führt. Welche Schulen mitmachen dürfen, darüber entscheidet eine Jury anhand von Bewerbungsbeiträgen. Diesmal machten ein Klagenfurter Gymnasium sowie eine Polytechnische und eine Berufsschule aus Villach das Rennen. So konnte Bundesratspräsi-



Klub- und Ausschusssitzungen gehören auch im Jugendparlament dazu. Foto: zaw

dent Peter Mitterer (FPK) schon am Donnerstag 84 seiner jungen Landsleute in Wien begrüßen.

Parlamentarisches Tagesgeschäft

War der Vortag noch dem Kennenlernen des Parlaments gewidmet, ging es am Freitag ums parlamentarische Tagesgeschäft. Die Schüler wurden in vier fiktive Fraktionen eingeteilt – weiß, gelb, lila und türkis –, die sich jeweils ein bestimmtes Attribut gaben, an dem sich ihre Politik orientieren soll. Bei der gelben Fraktion war es etwa „Gemeinschaft“, während sich die Weißen „Freiheit“ als Motto auswählten.

Dementsprechend kris-

tallisierte sich die Ablehnung strengerer Kontrollen in der Klub Sitzung heraus. Die Jugendlichen merkten bald, dass Abgeordnete weit mehr tun, als im Plenum zu diskutieren. Nach dem Studium der Gesetzesvorlage musste in der Fraktion erst eine einheitliche Linie gefunden werden.

„Es ist schon interessant zu sehen, wie das hier so zugeht“, sagte die 15-jährige Sarah aus Villach. Auch Christoph (16) findet es „gut, dass es so eine Einrichtung gibt“. Christoph wurde von seiner Fraktion zum Pressesprecher gewählt. Als solcher räumte er ein, dass es im Klub „heftige Diskussionen“ gebe, man aber gut vorankomme.

Gänzlich unvorbereitet kamen die Schüler freilich nicht ins Parlament. Auf der Homepage des Jugendparlaments gibt es Vorbereitungsmaterial. Unterstützt werden die Schüler zudem von echten Abgeordneten.

„Ohne Klubdisziplin herrscht Chaos pur“

Den Weißen stand ÖVP-Mandatar Gabriel Obernosterer zur Seite. „Wir sind die Liberalen hier“, meinte er schmunzelnd. Wichtig sei vor allem, dass der Klub mit einer Stimme spreche, bläute Obernosterer den Schülern ein und mahnte zu Klubdisziplin. „Ohne das würde Chaos pur herrschen.“ Schließlich schaff-

ten es die Weißen, eine einheitliche Linie zu finden: Keine regelmäßigen Kontrollen, dafür mehr Beratung.

Damit ausgestattet, marschierten Lorenz und Paul in die erste Ausschusssitzung. Dort lieferte sich Lorenz eine heiße Debatte mit der Abgeordneten Sarah von den Gelben, die für rigide Drogenkontrollen eintrat. Während die Türkisen eher mit Gelb auf einer Linie waren, wollte sich die lila Fraktion im Ausschuss noch nicht wirklich festlegen. Dies könnte Weiß zugute kommen, denn Gelb braucht für das Gesetz eine Zweidrittelmehrheit. „Wir sitzen am längeren Ast“, meinte Fraktionschef Max zuversichtlich.

Für die Mittagspause gab Obernosterer seinen Schützlingen den Tipp mit auf den Weg, die Essenszeit zu nutzen, um bei den anderen Fraktionen für die eigene Sache zu werben.

Am Nachmittag stand schließlich das Plenum auf dem Programm, wo sich alle noch einmal so richtig ins Zeug legten. Es wurde zum vollen Erfolg für die weiße Fraktion: Die regelmäßigen Drogentests für alle Schüler fanden keine Mehrheit. Dafür ging ein Entschließungsantrag für mehr Prävention durch. In einem halben Jahr werden an selber Stelle Jugendliche aus Niederösterreich debattieren. Bewerben können sie sich ab September. ■

www.reiniparlament.at

■ Kurz notiert

Terror: Graf plant Volksbegehren

Die FPÖ kündigt Widerstand gegen das von der Regierung geplante Terrorismuspräventionsgesetz an. Das Gesetz sieht unter anderem eine Ausweitung des Verhetzungsparagrafen vor, was der Dritte Nationalratspräsident Martin Graf scharf kritisiert. Er fordert eine Präzisierung des Begriffs der „Hetze“ – sonst wäre etwa EU-Kritik mit Freiheitsstrafen bedroht. Am 1. Juli wird die Novelle im Ausschuss debattiert. Sollte der Entwurf dennoch unverändert durchgehen, denkt Graf an ein Volksbegehren.

Kritik an Mediziner-Tests

Kritik an den Eignungstests für angehende Medizinstudenten hat der Rektor der Medizinischen Universität Innsbruck, Herbert Lochs, bei seiner feierlichen Amtseinführung am Freitag geübt. „Diese Eignungstests müssen sicher noch verbessert werden“, sagte er. Die Tests kosten die Universität derzeit so viel, wie das Gehalt von zehn Wissenschaftlern, gab Lochs an. Er schlug unter anderem Antrittsgebühren für den Eignungstest vor.

Verlässt Westenthaler Politik?

Den früheren BZÖ-Chef Peter Westenthaler zieht es in die Privatwirtschaft. Er sei neben seiner Arbeit als Mandatar dabei, sich „einen Beruf aufzubauen“, sagte er. Sein Nationalratsmandat wolle er aber zumindest bis Ende der Legislaturperiode behalten. BZÖ-Chef Josef Bucher bedauert einen möglichen Abgang Westenthalers aus der Politik.

Liberales Doppelspiel in Wien

Das Liberale Forum versucht bei der Wien-Wahl ein Comeback auf Landesebene – und bekommt Konkurrenz aus den eigenen Reihen. Gleichzeitig mit dem LIF wollen nämlich auch die Jungen Liberalen (Julis), deren Wurzeln im Liberalen Studenten Forum liegen, bei den Wiener Gemeinderatswahlen Herbst antreten. ■

Das neue Geschäft mit dem Postfuchs

Von Christoph Rella

■ Postpartner-Stellen: Laufend Eröffnungen.
■ Post-Agenden können Geld bringen.

Baden/Neunkirchen. Seit wenigen Tagen hat die kleine Gemeinde Payerbach im südlichen Niederösterreich kein Postamt mehr. Es wurde zum Pfingstwochenende geschlossen.

Um aber die örtliche Bevölkerung nicht unversorgt zu lassen, hat dort nun die Gemeinde die Aufgaben der Post übernommen und eine Postpartner-Stelle eröffnet. Damit die Übergabe und die Arbeit in den ersten Tagen rund läuft, hat die Post AG Franz Mikacs, zuständig für die Postpartner, nach Payerbach geschickt. „Normalerweise bin ich ja im Burgenland eingesetzt“, erklärt er. Aber seit in Niederösterreich beinahe alle 14 Tage ein neuer Postpartner eröffnet wird, hilft er hier aus. Seine Aufgabe: Einschulung der Mitarbeiter und Unterstützung während der ersten Tage. Immerhin können Kunden wie bisher im Postamt auch bei der Postpart-

ner-Stelle Pakete und Briefe aufgeben, Erlagscheine einzahlen und sonstige Finanzgeschäfte abwickeln. Bis dato gibt es in Österreich rund 400 Postpartner-Büros. Laut dem Konzern sollen in den kommenden Jahren Hunderte weitere Neueröffnungen folgen.

Briefmarken fehlen

„Ich finde es gut, dass es eine Post gibt“, meint eine Kundin. „Das hier ist immer noch besser als gar keine.“ Allerdings scheinen die Damen am Schalter noch „etwas überfordert“, findet sie. Tatsächlich gibt es am Tag eins noch keine Briefmarken. „Die werden erst gelie-

fert“, entschuldigt sich die Gemeindemitarbeiterin bei einem Kunden. „Wir sind ja erst in der Startphase.“

Dass die Postpartner-Stelle im Gemeindeamt gut aufgehoben ist, glaubt auch der Payerbacher Bürgermeister Eduard Rettenbacher (ÖVP), der am Eröffnungstag kurz im Postpartner-Büro vorbeischaute. Ihm ist wichtig, für die Bürger die Versorgung zu sichern. Dafür nehme er auch die höheren Fixkosten fürs Personal in Kauf, sagt er. „Wir werden sehen, wie es läuft.“

Davon, dass Postpartner-Stellen auch mehrere Tausend Euro Gewinn bringen können, berichtet der Tees-

dorfer Apotheker Kurt Putz. Anders als in Payerbach habe es in der niederösterreichischen Gemeinde im Bezirk Baden einen regelrechten Wettbewerb um den Zuschlag für die Postpartner-Stelle gegeben. „Ich mache das schon seit fünf Jahren“, erzählt er. „Und verdiene so um die 1500 Euro jährlich an Provision.“ Denn: Putz ist am Umsatz, den die Post über seine Apotheke erwirtschaftet, beteiligt. Was die Leute aber schätzen, sei die zentrale Lage der Apotheke – und die Verschwiegenheit seiner Mitarbeiter, erläutert Putz. „Wir gelten als Apotheker, die wir ja die Krankengeschichten der meisten Kunden kennen, im Gegensatz zu herkömmlichen Betrieben als seriös. Die Menschen vertrauen uns.“

Mangelndes Vertrauen

Schwerer dürften es daher Greißler und kleine Lebensmittelläden haben. So musste etwa ein Waldviertler Betrieb die Postpartner-Stelle zusperrern, da es hieß, die Mitarbeiter würden Geschäftsinterna ihrer Kunden ausplaudern. Der betroffene Unternehmer wollte dazu nichts sagen. ■



Gemeinde Payerbach: Seit kurzem „Postpartner“. Foto: Rella